NR. 09 / 18. WP • NOVEMBER 2016

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

in einem Jahr werden wir bereits einen neuen Bundestag gewählt haben. Die Landesgruppe ist dann hoffentlich um viele Kolleginnen und Kollegen gewachsen.
Die derzeitige Landesgruppe hat in den letzten drei Jahren im Bundestag erfolgreiche Arbeit geleistet. An vielen Stellen haben die Grünen aus Baden-Württemberg den Unterschied zur bewegungslosen und zukunftsvergessenen schwarz-roten Koalition gemacht. Matthias Gastel hat gute Konzepte für Grüne Mobilität und den Radverkehr und Franziska Brantner Vorschläge für die Verbesserung der Situation von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften erarbeitet. Während Harald Ebner sich wieder und wieder gegen Glyphosat und Gentechnik stark gemacht hat, hat Beate Müller-Gemmeke sich in ihrer zweiten Legislaturperiode für faire Arbeitsbedingungen und Renten eingesetzt. Agnieszka Brugger hat wieder gegen Rüstungsexporte in Krisenstaaten und menschenverachtende Regime gekämpft, während Gerhard Schick sich um einen Untersuchungsausschuss zu den Cum-Ex-Geschäften der Bundesregierung bemüht hat. Als Vertreterin in der Endlagerkommission hat Sylvia Kotting-Uhl unzählige Sitzungen und Tagungen absolviert. Cem Özdemir hat durch die Armenien-Resolution einen wichtigen außenpolitischen Punkt gesetzt, der national wie international viel Beachtung gefunden hat. Kerstin Andreae leitet als stellvertretende Fraktionsvorsitzende den Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen und Soziales sowie die Steuer- und Rentenkommission der Partei. Das sind nur wenige Beispiele von politischen Initiativen, die auf uns Südwest-Grüne zurückgehen. Für uns steht fest, dass wir auch in der nächsten Legislaturperiode eine starke Grüne Landesgruppe stellen wollen. Dieses SüdwestGrün soll deshalb Bilanz ziehen über die Arbeit der Landesgruppe in den letzten drei Jahren.

Viel Spaß beim Lesen.

Herzlich

KERSTIN ANDREAE
Gerechtigkeit oben auf der Grünen Agenda **2**

FRANZISKA BRANTNER
Regierungspolitik von der Opposition beeinflussen? **4**

AGNIESZKA BRUGGER
Grüne Friedenspolitik statt schwarz-roter Widersprüchlichkeit **6**

HARALD EBNER
Ackern für gesunde Umwelt und gesundes Essen **8**

MATTHIAS GASTEL
Verkehrswende braucht Politikwechsel **10**

SYLVIA KOTTING-UHL
Atomausstieg vollenden, Endlagersuche beginnen **12**

CHRIS KÜHN
Umwelt und Bauen zusammen bringen **14**

BEATE MÜLLER-GEMMEKE
Grüne Politik auf Augenhöhe mit den Menschen **16**

CEM ÖZDEMIR
Außenpolitische Arbeit in Zeiten globaler Krisen **18**

GERHARD SCHICK
Für Finanzwende und Green New Deal **20**

SERVICE
Betreuungswahlkreise, Impressum **22**

KERSTIN ANDREAE

STELLVERTRETENDE FRAKTIONSVORSITZENDE

WWW.KERSTIN-ANDREAE.DE

Tel. 030 / 227- 71480, Fax 030 / 227- 76481, kerstin.andreae@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rehlingstraße 16a, 79100 Freiburg
Tel. 0761 / 8886713, Fax 0761 / 8886714, kerstin.andreae@wk.bundestag.de

GERECHTIGKEIT OBEN AUF DER GRÜNEN AGENDA

Unsere BDK und der Fraktionsschwerpunkt „Zusammenhalten" stellen Gerechtigkeit ganz oben auf die Grüne Agenda. Wir haben in den letzten Monaten in der Fraktion und besonders im Arbeitskreis Wirtschaft, Finanzen und Soziales, den ich koordiniere, und in der Steuer- und Rentenkommission der Partei neue Vorschläge entwickelt. Diese stehen jetzt zur Diskussion.

Kleine und mittlere Einkommen bei Wohnkosten, Altersvorsorge und Sozialbeiträgen entlasten

Die Rente ist besser als ihr Ruf. Das ist ein Ergebnis unseres Rentengutachtens. Mit der Steuerfinanzierung, z.B. der Mütterrente, mit Schritten zur Bürgerversicherung und einer besseren Erwerbsbeteiligung von Frauen, wird das Rentenniveau stabilisiert, ohne den Beitragssatz deutlich anzuheben. Die Riester-Rente hat die Erwartungen besonders für kleine Einkommen bislang nicht erfüllt. Die Förderung bei neuen Verträgen soll stärker auf sie fokussieren. Damit sich Zusatzvorsorge lohnt, wird sie bei der grünen Garantierente nicht mehr angerechnet. Wir wollen ein einfaches und kostengünstiges „Basisprodukt" einführen und Betriebsrenten auch für Geringverdiener leichter zugänglich machen. Mehr dazu in unserem Antrag „Für eine faire und transparente private Altersvorsorge und ein stabiles Drei-Säulen-System". Unsere Vorschläge für ein gerechtes, ökologisches und kinderfreundliches Steuerrecht haben wir in der Finanzkommission der Partei weitgehend geeint. Wir wollen die ökologische Finanzreform fortsetzen, die ungerechte Abgeltungssteuer abschaffen und die Steuergestaltung von multinationalen Unternehmen eindämmen. Kleine Einkommen wollen wir bei den Sozialabgaben entlasten. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in einer Familie, die arm oder von Armut bedroht ist. Unsere AG zur Familienförderung hat Alternativen für eine bessere Kinderförderung entwickelt: Bei der Kindergrundsicherung hat die Gleichstellung Vorrang, Eltern haben für jedes Kind Anspruch auf die gleiche materielle Förderung. Beim KindergeldBonus hat die Deckung der Bedarfe der Kinder von Familien mit kleinen Einkommen Vorrang. Auch für die Frage, wie wir zukünftig steuerlich berücksichtigen, dass Paare füreinander Verantwortung übernehmen, haben wir Alternativen entwickelt. In Städten gibt mittlerweile jeder fünfte Haushalt mehr als 40 Prozent seines Einkommens für die Miete aus. Es muss schnell etwas geschehen. Dafür wollen wir die Bundesmittel für das Wohngeld verdoppeln und das Wohngeld regelmäßiger anpassen. Wir wollen zudem beim Erwerb von genossenschaftlichem Wohneigentum unterstützen. In unserem Antrag „Gemeinsam für bezahlbares Wohnen – lebenswert und klimafreundlich" zeigen wir, wie das geht.

Zukunft der Arbeit

Unser Leben, unsere Arbeitswelt wird digital. Sie wird kommunikativer, vernetzter, flexibler und technologischer. Das kann für die Beschäftigten positive Effekte haben. Es schafft neue Freiräume und birgt Chancen für eine humanere, familienfreundlichere und ökologischere Arbeitswelt. Die Digitalisierung stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Sie kann zu dauerhafter Verfügbarkeit, Mehrarbeit und Stress führen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit, sowie zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung können verschwimmen. Wir wollen diesen Prozess daher aktiv mitgestalten und haben in einem Antrag „Arbeit 4.0" die wichtigsten Handlungsfelder aufgeschrieben. Im Zentrum stehen bessere Mitspracherechte der Arbeit-

GERECHTIGKEIT OBEN AUF DER GRÜNEN AGENDA

nehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Recht auf Home-Office als Ergänzung zum klassischen Büroarbeitsplatz, aber auch die Förderung von digitalem Lernen und soziale Leitplanken für Selbständige, um sie gegen Missbrauch von Werk- und Dienstverträgen zu schützen.

Sozial-Ökologische Transformation fördern und einfordern

Hier ist Deutschland, wie alle Industrienationen, ein "Entwicklungsland". In unserer Arbeitsgruppe „Grüne Transformation" haben wir herausgearbeitet, wie die ökologische Modernisierung gelingen kann. Mit Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und grünen Vorreitern haben wir den Transformationspfad in den wichtigsten Schlüsselbranchen, u.a. Chemie, IT, Automobil, diskutiert und die Ergebnisse in Branchenberichten festgehalten. Nächsten März diskutieren wir unsere Vorschläge öffentlich auf der Konferenz „Grüner Wirtschaften". Für unsere Ergebnisse steht exemplarisch der von uns bereits zweimal vorgelegte Grüne Jahreswohlstandsbericht (Antrag 18/7368 - Jahreswohlstandsbericht einführen). Unser Vorschlag für ein neues Wohlstandsmaß bietet eine viel beachtete Alternative zum eindimensionalen Wachstumsdenken des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung.
Auch den steuerlichen Forschungsbonus für den Mittelstand haben wir konkretisiert. Dieser soll die Innovationslücke bei KMU gezielt bekämpfen und sie bei der ökologischen Transformation unterstützen. Unser „KMU-Forschungsförderungsgesetz" sieht einen Forschungsbonus von 15 Prozent aller FuE-Ausgaben für Unternehmen bis zu 250 Mitarbeitern vor. Er verbessert die Finanzierungsmöglichkeiten und mobilisiert zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung.
Für die ökologische Transformation muss der Bund mehr in die Köpfe, ins Klima, in eine lebenswerte Umwelt und in die Infrastrukturen der Informations- und Mobilitätswelt des 21. Jahrhunderts investieren. Diese sind das Kernkapital einer erfolgreichen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Im vergangenen Jahr haben wir mit unserem Fraktionsschwerpunkt „Heute für Morgen investieren" unsere Ideen für kluge Investitionen unter anderem in Kitas, Schulen, Bildung und Arbeitsförderung vorgelegt (Antrag 18/4689 - Heute für morgen investieren – Damit unsere Zukunft nachhaltig und gerechter wird).

Ja zu Europa

Wir Grüne sind die politische Kraft, die Europa auch in schwierigen Zeiten zusammenhalten und den Weg der europäischen Integration weiter beschreiten will. Wir laufen den Rechtspopulisten nicht hinterher, wir räumen unsere Positionen nicht, sondern streiten auch in Zeiten der Krisen für ein ökologischeres, solidarischeres und weltoffenes Europa. Unsere "Grüne Erklärung zur Zukunft der EU" haben wir zusammen mit den Grünen im Europäischen Parlament und in Auswertung der Konferenz „Ja zu Europa – Mut zu Veränderung" mit vielen ausländischen Gästen entwickelt.

Fairer Handel

Wir befürworten tiefere Handelsbeziehungen mit den USA und Kanada. Doch dafür brauchen wir faire Abkommen mit starken Standards für Umwelt und Verbraucher, Gesundheit und Soziales. Mehr dazu im Fraktionsbeschluss „Nur fairer Handel ist freier Handel". Diese Anforderungen erfüllen TTIP und CETA nicht. Im Zentrum unserer Kritik stehen Klageprivilegien für Konzerne, aber auch die Sicherung des europäischen Vorsorgeprinzips und der kommunalen Entscheidungsfreiheit bei der Daseinsvorsorge.

DR. FRANZISKA BRANTNER

SPRECHERIN FÜR KINDER- UND FAMILIENPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Bergheimerstr. 147, 69115 Heidelberg
Tel. 06221 / 9146620, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

REGIERUNGSPOLITIK VON DER OPPOSITION BEEINFLUSSEN?

In der Kinder- und Familienpolitik steht vor uns Ministerin Manuela Schwesig. Sie bietet weniger direkte Angriffsflächen als ihre Vorgängerin. Aber jetzt wird deutlich: Viel angekündigt, regelmäßig gescheitert: kein Familiennachzug für syrische Flüchtlinge, kein Kitaqualitätsgesetz, keine Kinderrechte ins Grundgesetz, keine Reform der Kinder-und Jugendhilfe, keine bessere Unterstützung für Alleinerziehende, keine Bekämpfung von Kinderarmut.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schlägt sie in regelmäßigen Abständen ihre „Familienarbeitszeit" vor. Das ist für uns ein viel zu enges Stundenkorsett. Wir wollen nicht in Familien hineinregieren, sondern Familie ermöglichen. Deshalb haben wir unter meiner Federführung die KinderZeitPlus entwickelt. Sie dockt an das bewährte Elterngeld an und denkt es weiter: Mehr Zeit für Eltern; beide Elternteile sollen jeweils acht Monate erhalten, die nicht übertragbar sind, weitere acht können sie unter sich aufteilen. Außerdem gibt es Anreize, aber keine Pflicht zur großen Teilzeit: Wer halbtags arbeitet, bekommt das Elterngeld doppelt so lange; wer aber nur um ein Fünftel reduziert, erhält es dafür fünfmal so lange. Die KinderZeitPlus ist damit flexibel und partnerschaftlich!
Eine Verschlechterung für Alleinerziehende konnten wir aufhalten: Sozialministerin Nahles wollte das Sozialgeld für alle Alleinerziehenden entsprechend der Anwesenheitstage des Kindes im jeweiligen Haushalt aufteilen, egal ob der andere Elternteil selber im Hartz IV Bezug lebt oder nicht. Jeder Tag bei Papa hätte weniger Geld bei der Mama bedeutet – dabei braucht es in solchen Fällen ja eher zwei Zahnbürsten als eine weniger. Zusammen mit Sozial- und Familienverbänden prangerte ich dies medial an und brachte im Parlament Verbesserungsvorschläge ein, wie einen Umgangsmehrbedarf. Am Ende blieb Frau Nahles nichts anderes übrig, als ihr Projekt zu begraben.

Oft kommt aus der Politik die Forderung an Unternehmen, mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Der politische Betrieb ist hier indes alles andere als ein Vorbild. Fraktionsübergreifend habe ich eine Initiative mit dem Ziel gestartet, dass das Parlament selber mit gutem Beispiel vorangehen muss. „Eltern in der Politik" arbeitet seither konsequent an konkreten Verbesserungen – man glaubt gar nicht, wie schwierig es ist, eine Stillmöglichkeit im Bundestag zu erreichen!

Im Februar 2014 wurde ich Vorsitzende des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln.
Wir wollen die Krisenprävention von der Sonntagskanzel der Politiker in das politische Handeln bringen – finanziell, personell und kompetenzmäßig gut ausgestattet. Jenseits des Militärischen gibt es eine breite Palette an zivilen Maßnahmen, um Konflikte zu bewältigen und ihnen vorzubeugen.
Ein funktionierendes, an den Menschenrechten ausgerichtetes staatliches Gewaltmonopol ist ein wichtiger Ansatzpunkt. Dafür unterstützen die Vereinten Nationen weltweit Polizeireformen. Wie steht es dabei um die Beteiligung deutscher Polizist*innen? 24 von insgesamt 13.500! Eine Schande! Also habe ich eine Verstärkung des deutschen Engagements kontinuierlich auf die Agenda gesetzt – mit Erfolg: Wir haben einen fraktionsübergreifenden Antrag hinbekommen, eine Seltenheit! Gemeinsam fordern wir die Bundesregierung auf, eine neue Bund-Länder Vereinbarung zu verhandeln, die die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für Polizist*innen in internationalen Friedenseinsätzen

REGIERUNGSPOLITIK VON DER OPPOSITION BEEINFLUSSEN?

sowie deren Qualifizierung regelt. Wer in solche Missionen geht, muss gut abgesichert werden, vor allem darf der Einsatz nicht zu einem Karriere-Knick führen.

2004 hat die rot-grüne Bundesregierung erstmals den Ansatz von Prävention und Friedensförderung in der deutschen Außenpolitik verankert, den „Aktionsplan Zivile Krisenprävention". Außenminister Steinmeier hat jetzt dessen Überarbeitung eingeleitet. Unser Anspruch ist klar: Ein nationaler Rat für Frieden und Nachhaltigkeit muss endlich verbindlich alle Ministerien und ihre Entscheidungen auf ihre Friedensverträglichkeit hin prüfen, seien es Handelsabkommen, Rüstungsexporte oder Migrationspolitik. Wir brauchen verstärkte Ressourcen im Bereich der Mediation; wir müssen besser werden bei der Reform von Verwaltung und Sicherheitssektoren, Menschenrechte gehören stärker in den Mittelpunkt. All dies findet sich in dem unter meiner Federführung erarbeiteten Positionspapier zur Zukunft der Zivilen Krisenprävention.
Frühzeitig haben wir die Radikalisierung junger Menschen zu Dschihadisten thematisiert. Dazu gab es zwei Anhörungen im Unterausschuss; wir Grünen sind diejenigen, die hier klar die Notwendigkeit von Prävention, besonders in der Jugendarbeit, angesprochen haben.

Viel Herzblut habe ich in ein konkretes Friedensprojekt gesteckt: The Parents Circle – Families Forum bringt Israelis und Palästinenser zusammen, die Angehörige verloren haben und sich trotzdem gemeinsam für den Frieden einsetzen. Ich habe ihnen ermöglicht, auch im Bundestag ihre Initiative vorzustellen und Unterstützung zu finden! Eine besondere Ehre, diese unglaublich mutigen und tapferen Friedensmacher zu unterstützen.
Zu meinen außenpolitischen Zuständigkeiten gehören Nordafrika und auch Syrien. In unzähligen parlamentarischen Initiativen, Reden und Interviews habe ich die Gräueltaten des von Machthaber Assad angezettelten Krieges gegen sein eigenes Volk angeprangert. Daneben habe ich immer wieder die Unterdrückung und Willkür in Ägypten unter Präsident Al-Sisi zur Sprache gebracht und die Bundesregierung für deren Schweigen gegenüber den dortigen Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Sehr froh bin ich, dass unsere Fraktion unter meiner Federführung Ende 2015 einen umfassenden Antrag für eine weitsichtige Nordafrika-Politik Deutschlands und der EU beschlossen hat. Ohne die Achtung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, ohne faire Handelsbedingungen und einen dauerhaften Dialog mit der Zivilgesellschaft wird es keinen Frieden und keine Stabilität geben!

Auch das Thema Europa hat meine drei Jahre im Bundestag bestimmt. Meine wichtigste Initiative trug den Titel „Gemeinsame Grundwerte stärken – Europa stärken". Wir Grünen fordern neue, wirksamere Mechanismen der EU, um gegen Rechtsstaatsverstöße in den Mitgliedsstaaten anzugehen: ein ständiges, unabhängiges und demokratisch legitimiertes Gremium aus nationalen Verfassungsexpert*innen, dazu vom EU-Parlament benannte Fachleute. Sie sollten unabhängig, unparteiisch, faktengestützt und fortlaufend alle Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung von Rechtsstandards und Werten hin überprüfen und auch Berichte aus der Zivilgesellschaft berücksichtigen. Das Expertenteam sollte gegebenenfalls auch Sanktionen empfehlen können.
Was treibt mich als Europa-Politikerin noch um? Griechenland – wo mir wichtig ist, nicht nur aufs Sparen zu setzen, sondern dem Land auch eine Perspektive zu bieten und zu investieren. Und – last but not least – der Brexit. Hier muss klar sein: Einen fortgesetzten Zugang Großbritanniens zum EU-Binnenmarkt darf es nur geben, wenn London auch weiterhin EU-Bürger*innen Freizügigkeit gewährt.

AGNIESZKA BRUGGER

SPRECHERIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK UND ABRÜSTUNG

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,
Tel. 0751 / 3593966, Fax 0751 / 3593967 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

GRÜNE FRIEDENSPOLITIK STATT SCHWARZ-ROTER WIDERSPRÜCHLICHKEIT

Seit Union und SPD vor drei Jahren einen Koalitionsvertrag des kleinsten gemeinsamen Nenners unterschrieben haben, sind die Herausforderungen unserer Welt noch drängender, noch vielfältiger und noch komplexer geworden. Es ist nicht zuletzt das Leid der Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Hunger und Perspektivlosigkeit auch bei uns in Europa Schutz suchen, das uns tagtäglich die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Außen- und Sicherheitspolitik vor Augen führt. Doch durch die Politik dieser Bundesregierung zieht sich leider nur allzu oft ein schwarz-roter Faden der Widersprüchlichkeit. Als kleine, aber streitbare und trotzdem konstruktive Opposition haben wir Grüne die Große Koalition in den letzten Jahren immer wieder kritisiert und getrieben. Gleichzeitig haben wir ihren falschen Antworten unsere grünen Alternativen für mehr Frieden und Sicherheit gegenübergestellt.

Absolut verantwortungsloses Rekordhoch bei Rüstungsexporten – Rote Karte für Sigmar Gabriel

Unter der Federführung von Sigmar Gabriel, der eigentlich das komplette Gegenteil versprochen hatte, erreichen die Rüstungsexporte einen erschreckenden Negativ-Rekord – sowohl der Gesamtwert der Waffengeschäfte als auch ihr Volumen an Staaten außerhalb von NATO und EU sind in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Besonders gefährlich und verheerend sind die Deals mit menschenverachtenden Regimen wie Saudi-Arabien oder Katar, die Menschenrechte mit Füßen treten, im Verdacht der Kooperation mit Terrorgruppen stehen und verantwortlich für die vielen Opfer des brutalen Krieges im Jemen sind. Immer wieder habe ich dafür gekämpft, dass die Bundesregierung diese Deals sofort stoppt und auch bereits erteilte Genehmigungen zurücknimmt.

Während diese Koalition es nicht einmal schafft, eine richtige Kommission zur Neuregelung der Rüstungsexporte ins Leben zu rufen, haben wir Grüne klare Eckpunkte für ein strenges und restriktives Rüstungsexportgesetz vorgelegt. Der dringend notwendige Kurswechsel kann nur mit starken und rechtlich verbindlichen Regeln durchgesetzt werden, damit in Zukunft Menschenrechte, Frieden und Sicherheit nicht so einfach den Profitinteressen einzelner Rüstungsunternehmen geopfert werden.

Abschottung bekämpft keine Fluchtursachen und lindert kein Leid

Die schwarz-rote Bundesregierung spricht zwar gern von der Bekämpfung von Fluchtursachen, macht aber mit ihrer widersprüchlichen Politik oft genau das Gegenteil. Statt mit undurchdachten Militärmissionen im Mittelmeer und fragwürdigen Deals mit den autokratischen Herrschern von Transitländern Flüchtende zynisch abzuschrecken und Europa abzuschotten, müssen die Ursachen von Gewalt, Flucht und Not nachhaltig gelindert werden. Wir Grüne wollen eine wirksame Seenotrettung, legale und sichere Wege nach Europa, eine ausreichende Ausstattung der Flüchtlingslager in den Konfliktregionen und ihren Nachbarländern, eine stärkere Unterstützung der Vereinten Nationen, mehr Nachhaltigkeit und Fairness in der Außenhandelspolitik, eine ambitionierte Klimapolitik sowie mehr engagierte Entwicklungszusammenarbeit.

Mehr Verantwortung bedeutet nicht mehr Militär, sondern eine Offensive für das Zivile und die Rüstungskontrolle

Die Antworten der schwarz-roten Bundesregierung auf die neue Eiszeit in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland tragen nicht zu mehr Sicherheit in Europa bei. Vielmehr beteiligt sich die Große Koalition mit der Wiederbelebung von Abschreckung und Aufrüstung an

GRÜNE FRIEDENSPOLITIK STATT SCHWARZ-ROTER WIDERSPRÜCHLICHKEIT

der Eskalationsdynamik in unserer Nachbarschaft. Im Gegensatz zur Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verstehen wir Grüne ein Mehr an Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht als ein Mehr an Militär. Denn eines ist ganz klar: Die Konflikte dieser Welt lassen sich nicht militärisch lösen – das ist und bleibt die wesentliche Lehre der im Kern gescheiterten großen Militäreinsätze der letzten Jahre.

Es sind vor allem eng verzahnte und gut aufeinander abgestimmte zivile, diplomatische und entwicklungspolitische Ansätze notwendig, um die Ursachen eines Konfliktes effektiv und nachhaltig zu bearbeiten. Aber Union und SPD haben stattdessen vor allem die Militärausgaben um Milliarden erhöht. Statt bei der Finanzierung der humanitären Hilfe oder der Entwicklungszusammenarbeit um jeden Cent zu feilschen, wollen wir die Militärausgaben auf das wirklich Notwendige reduzieren und die zivilen Lösungen mit mehr Personal, Strukturen und Finanzen deutlich stärken.

So wichtig Solidarität gegenüber unseren osteuropäischen Partnern ist und so sehr eine klare Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und auch angesichts der Gräuel in Syrien gegenüber Putin richtig und notwendig war, dürfen Deutschland und die NATO nicht Teil einer gefährlichen und sinnlosen Aufrüstungslogik werden. Seit dem Ende des Kalten Kriegs war es nie wichtiger, vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu stärken.

Wer wirklich mehr Verantwortung Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik will, duckt sich auch nicht einfach weg, wenn es ernst wird. Es ist enttäuschend, mutlos und unglaubwürdig von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, wenn die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen anders als die Mehrheit der Staaten gegen einen Prozess für ein Verbot von Atomwaffen stimmt. Mehr Verantwortung und Glaubwürdigkeit im Einsatz für eine Welt ohne irrsinnige Atomwaffen bedeuten zudem auch, endlich den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus der Bundesrepublik in die Wege zu leiten.

Treffer ins Schwarze beim G36-Skandal: Der Rüstungslobby einen Riegel vorschieben

Exemplarisch für den desaströsen Zustand des Rüstungswesens war in dieser Legislaturperiode der Skandal um das Gewehr G36. Hier wurden Probleme mit dem Standardgewehr der Bundeswehr über Jahre hinweg unter den Tisch gekehrt und mutige Beamte, die sich Kritik erlaubten, mundtot gemacht. Wir Grüne haben den Filz zwischen Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerium vor allem an diesem, aber auch an anderen Projekten hartnäckig aufgeklärt und ans Tageslicht befördert. Gleichzeitig haben wir immer wieder mit konkreten Vorschlägen die Verteidigungsministerin unter Druck gesetzt, damit die Verschwendung von Steuergeldern endlich aufhört.

Verantwortungsvolle Friedenspolitik nicht mehr aus der Opposition erkämpfen, sondern aus der Regierung gestalten

Unsere gemeinsame Friedensordnung ist angesichts vieler Krisen und Entwicklungen in Gefahr – mehr denn je braucht es den Einsatz und den Willen, sie zu bewahren und zu stärken. Wir können auch mit der bestmöglichen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nicht alle Konflikte dieser Welt lösen. Aber Deutschland könnte sehr wohl mit weniger Waffengeschäften und einer besseren Friedens- und Sicherheitspolitik dafür sorgen, dass Fluchtursachen und das Leid vieler Menschen verringert, die Vereinten Nationen handlungsfähiger und zivile Lösungen gestärkt werden. Dafür haben wir in der Opposition gekämpft und auch Erfolge erreichen können. Aber im nächsten Jahr will ich gemeinsam mit euch dafür sorgen, dass wir eine engagierte Friedenspolitik nicht mehr aus der Opposition erkämpfen müssen, sondern sie aus der Regierung gestalten können.

HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner@wk.bundestag.de

IMMER WIEDER GENMAIS

Gleich zu Beginn der Wahlperiode sorgte der Merkelmais 1507 für Proteste, ersten Koalitionszoff und für eine gute Gelegenheit, Schwarz-Rot an das frische Versprechen zu erinnern, den Wunsch der großen Bevölkerungsmehrheit nach gentechnikfreien Äckern zu respektieren. Ihr habt mit Presseaktionen vor Ort wunderbar dazu beigetragen, den Abgeordneten von Union und SPD keine Schwindeleien durchgehen zu lassen. Danke! Jetzt, zum Ende der Legislatur, kommt der Genmais zurück auf die politische Tagesordnung.

2014 hat die Große Koalition den Genmais trotz ihres Versprechens nicht gestoppt. Ich habe sie unter anderem in einer Aktuellen Stunde und per namentlicher Abstimmung damit konfrontiert. Die ganz große Mehrheit von Union und SPD stimmte in blinder Koalitionsdisziplin gegen den klaren Wählerwillen. Nach diesem Debakel versprachen Bundesregierung und EU-Kommission als Trostpflaster nationale Anbauverbote. Die gehören aber zum Plan der Gentech-Lobby, die im Gegenzug EU-Anbauzulassungen durchdrücken will.

Diese Saat droht jetzt aufzugehen: aktuell stehen mehrere EU-Genmais-Anbauzulassungen an, und es sieht ganz so aus, als würde die Bundesregierung auch 2016 nicht dagegen stimmen – allen gegenteiligen Versprechen der SPD zum Trotz. Bei unserer jüngsten Genmais-Debatte am 20.10.2016 verweigerten SPD und Union die Abstimmung und stellten damit das Parlament kalt, siehe http://gruenlink.de/1adc.

Die nationalen Anbauverbote bekommt Minister Schmidt aber seit eineinhalb Jahren partout nicht in deutsches Recht umgesetzt – weil er sie komplett an die Bundesländer abschieben will. Sein neuester Gesetzentwurf, mit dem er vor allem die Länder hintergangen hat, ist in Wahrheit ein Gentechnik-Wiedereinstiegsgesetz. Wir haben dagegen den guten Entwurf des Bundesrates als Gegengewicht in den Bundestag eingebracht. Ich werde gemeinsam mit den Bundesländern, Verbänden und der kritischen Öffentlichkeit weiter dafür kämpfen, unsere Äcker dauerhaft vor Gentech-Pflanzen zu bewahren. Eins ist jedenfalls klar geworden: Ohne uns Grüne im Bundestag wäre es mit der Gentechnikfreiheit Deutschlands sehr schnell nicht mehr weit her. Auch die neuen Gentechnik-Verfahren wie CRISPR/CAS müssen selbstverständlich als das behandelt und reguliert werden, was sie sind: Gentechnik – bevor solche Produkte unkontrolliert auf unsere Äcker und Teller gelangen.

Glyphosat in aller Munde

Im Frühjahr 2015 konnte ich mir bei einer Reise durch die Gensoja-Regionen Argentiniens ein eigenes Bild davon machen, was wir mit unserer Billigfleischproduktion anrichten, die auf importiertem Gensojafutter basiert. Zeitgleich haben die WHO-Krebsexperten Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend" eingestuft. Glyphosat-Hauptproduzent Monsanto, EU-Kommission und Behörden hatten sich auf eine geräuschlose Neuzulassung eingestellt. Doch wir haben ihnen einen gründlichen Strich durch die Rechnung gemacht.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) beeilte sich zu versichern, an der Krebswarnung sei nichts dran, der Stoff unbedenklich. Doch wir konnten dem BfR etliche Fehler und Ungereimtheiten nachweisen und damit europaweit eine so große Diskussion entfachen, dass die EU-Staaten die Neuzulassung um 15 Jahre verweigerten. Stattdessen gab es nur eine provisorische Galgenfrist von einem Zehntel: 1,5 Jahre, während derer Glyphosat nochmals genau geprüft wird. Ein Riesen-Teilerfolg, den kaum jemand für möglich gehalten hätte. Nächstes Jahr wird Glyphosat mitten im Bundestagswahlkampf also wieder hochaktuell sein.

ACKERN FÜR GESUNDE UMWELT UND GESUNDES ESSEN

Glyphosat steht als das meistverwendete Ackergift symbolhaft für den Irrweg der industrialisierten Landwirtschaft. Viele weitere Pestizide landen auf unseren Äckern und letztendlich in unserem Essen, wie die Neonikotinoide, die Wildbienen und andere Insekten dramatisch dezimieren. Die Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf – obwohl die eingesetzte Menge dieser Bienenkiller trotz EU-Teilverboten nicht sinkt, wie meine Kleine Anfrage ergab. Der selbsternannte Bienenschützer Schmidt versuchte stattdessen, das Neonikotinoidverbot für Saatgut aufzuweichen, was wir verhindern konnten, und machte sich auf ausdrücklichen Wunsch der Chemieindustrie für höhere Grenzwerte stark. Bei Hormongiften in Pestiziden wollen Bundesregierung und EU-Kommission das Vorsorgeprinzip aushebeln und die Beweislast umkehren, so dass Verbote dieser hochgefährlichen Stoffe fast unmöglich würden. Hier halten wir den Druck aufrecht, damit das nicht passiert.

Landwirtschaft muss nachhaltig sein

Schon in ihrem eigenen Interesse müssen BäuerInnen ihre Produktionsgrundlagen und unser aller Lebensgrundlagen nachhaltig nutzen, statt sie durch immer mehr Pestizide zu vergiften. Landwirtschaft muss und kann vom Mitverursacher der Klimakrise zum Lösungsbeitrag werden. Das kann nur mit ökologischen Methoden im Einklang mit der Natur gelingen. Minister Schmidt betrachtet Ökolandbau aber allenfalls als netten Nischenmarkt. Sein groß angekündigter Öko-Aktionsplan ist sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden, auf EU-Ebene zeigt er bei der Öko-Verordnung keinen Einsatz für die BiobäuerInnen.
Gentechnik und Pestizide spielen eine wichtige Rolle auch bei TTIP und Co. Die Industrie wittert die Chance, unsere vergleichsweise hohen europäischen Verbraucherschutzstandards und das hiesige Vorsorgeprinzip zu kippen. Die Debatte darüber habe ich aktiv mit angestoßen, in Fraktion und Partei hineingetragen, im Bundestag zum Thema von Anhörungen und Anfragen gemacht, mit US-Chefunterhändlern und dem Handelsbeauftragten darüber gesprochen. Ich bin sehr froh, dass sich ein Absenken unserer Standards kaum noch durchsetzen lassen wird. Doch noch sind die Gefahren wie Schiedsgerichtsklagen, Entscheidungswege vorbei an Parlamenten oder Liberalisierungsdruck auf öffentliche Daseinsvorsorge nicht gebannt – das gilt trotz diverser Zusatzerklärungen auch für CETA.
Die kürzlich verkündete Megafusion von Bayer und Monsanto wäre eine Katastrophe für BäuerInnen und VerbraucherInnen, aber auch für Märkte und Saatgutvielfalt. Wir müssen verhindern, dass Saatgut als Grundlage unserer Ernährung unter die Kontrolle einer Handvoll Konzerne gerät und genetische Ressourcen durch Biopatente privatisiert werden. Die Union hat in unserer Aktuellen Stunde am 21.09.2016 im Bundestag offenbart, dass sie hier keinerlei Problembewusstsein hat. Ich setze mich dafür ein, dass die Kartellbehörden den Deal gründlich überprüfen und stoppen. Die Konzentration im Agrarbereich wird auch Thema unserer Agrarkonferenz im Januar 2017 sein.
Im laufenden unsinnigen Kartellverfahren gegen die Forststrukturen des Landes, in dem das Kartellamt seine Sichtweise vom Wald als reinem Holzlagerplatz durchsetzen möchte, habe ich Formulierungsvorschläge zur Änderung des Bundeswaldgesetzes eingebracht, die den Angriff auf die baden-württembergischen Forststrukturen hätten abwenden können. Leider hat die Große Koalition auch das abgelehnt und bis heute keine Lösung gefunden. Christian Schmidt und die Agrarindustrielobbyisten von der Union im Ausschuss haben das Bundeslandwirtschaftsministerium in die Bedeutungslosigkeit gestürzt. Wir werden es wieder dort herausholen, mit guter Politik für mehr Tierschutz, gesunde Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft!

MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99726140, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

VERKEHRSWENDE BRAUCHT POLITIKWECHSEL

Seit 2013 wurstelt die Große Koalition in Berlin vor sich hin. Zeit genug, Zwischenbilanz zu ziehen und die verkehrspolitischen Weichenstellungen aus der Amtszeit von Verkehrsminister Dobrindt Revue passieren zu lassen. Zusammenfassend lässt sich sagen: Es waren verlorene Jahre für die Verkehrspolitik. Seine Amtszeit begann mit der europafeindlichen Ausländermaut, geht weiter mit dem Abgasskandal, bei dem Dobrindts unrühmliche Rolle mehr und mehr ans Licht kommt, über die tatenlose Bahnpolitik des Ministers, die sich in Nebensächlichkeiten erschöpft, und endet beim Ortsumfahrungsprogramm namens „Bundesverkehrswegeplan 2030".

Dobrindt im Abgasskandal: Vom Ankündigungsminister zum Blockierer

Stilbildend für die Amtsführung von Verkehrsminister Dobrindt ist sein Umgang in der Abgasaffäre. Zunächst als Ankündigungsminister gestartet, entpuppt sich der CSU-Minister nunmehr als Blockierer für einen effektiven Verbraucherschutz. Nachdem Dobrindt nach Bekanntwerden des flächendeckenden Einsatzes von Abschalteinrichtungen bei deutschen Autobauern noch Aufklärung versprach, kam nun heraus, dass der Minister persönlich eingegriffen hat, um die in der Bundesregierung vorgesehenen Musterfeststellungsklagen zu blockieren. Anders als in den USA bleiben damit die Kunden von VW, Opel und Co weitgehend rechtlos. Gleichzeitig zeigt sich Dobrindt als Bremser, wenn es um die ökologische Weiterentwicklung des Mobilitätssektors geht. Wir Grüne setzen dagegen auf Innovationen und sind mit unserem BDK-Antrag, ab 2030 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge in Deutschland neu zuzulassen, mutig vorangegangen und haben eine breite Debatte über die Zukunft des Autos in Gang gesetzt.

Denn gerade im ländlichen Raum ist das Auto noch immer das dominierende Fortbewegungsmittel. Um die großen ökologischen Herausforderungen wie den Klimaschutz auch im Verkehrssektor umzusetzen, müssen wir auch die großen Hebel in Bewegung setzen.

Bundesverkehrswegeplan 2030: Viel Straße und sonst wenig

Ein schlichtes „Weiter so wie bisher" herrscht auch in der Bundesverkehrswegeplanung. Erst im Sommer hat das schwarz-rote Kabinett den neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 beschlossen, nun geht es an die Ausbaugesetze, die die Verkehrsprojekte mit ihrer Dringlichkeit gesetzlich verankert. Doch auch hier sind keine verkehrspolitischen Ziele verankert: Weder trägt der Plan zu weniger Versiegelung von wertvoller Natur, Landschaft und Ökosystemen bei, noch sind alle angemeldeten Projekte bis 2030 zu finanzieren. Anstatt von umwelt- und verkehrspolitischen Zielen ausgehend zu planen, wird dem Verkehr nur hinterher gebaut. So ist eine Verkehrswende nicht zu schaffen!
Während bei der Straße alle Projekte volkswirtschaftlich bewertet wurden, wurde die Bewertung bei vielen Bahnprojekten erst während der Öffentlichkeitsbeteiligung beauftragt. Erst Ende 2017 will Dobrindt mit der Einstufung der Schienenprojekte fertig sein. Zugleich wurden Bahnprojekte pauschal gestrichen, wenn diese „nur" dem Regionalverkehr dienen. Bei der Straße aber haben es selbst kleinste Ortsumfahrungen bis in die höchste Stufe, den „Vordringlichen Bedarf", geschafft. In den laufenden Beratungen zeigte sich einmal mehr, dass Schwarz-Rot noch mehr Straßenprojekte als ohnehin in den vordringlichen Bedarf hieven will, während es bei der Schiene nicht vorangeht. Wir Grüne setzen uns dagegen für eine echte Verkehrswende von der Straße auf die Schiene ein. Wir fordern einen Bundesnetzplan und einen Deutschland-Takt auf der Schiene.

VERKEHRSWENDE BRAUCHT POLITIKWECHSEL

So kommt das Gesamtnetz wieder in den Fokus, nicht die Prestigeprojekte für die schwarzen und roten Wahlkreisabgeordneten. Weitere Infos unter www.gruene-bundestag.de/bvwp

Grüne Verkehrspolitik: Mobilitätsgarantie in Stadt und Land

Wir Grüne dagegen richten die Verkehrspolitik nach den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen aus und nicht nur nach denjenigen, die den Straßenraum vom Lenkrad aus kennen. Leitstern ist eine grüne Mobilitätsgarantie, die überall attraktive Mobilitätsangebote mit den Verkehrsträgern des Umweltverbundes ermöglicht. Dafür müsste ein Bundesverkehrsminister in der Bahn- und Radverkehrspolitik endlich aktiv eingreifen und nicht alles allein dem Konzern Deutsche Bahn bzw. den Ländern und Kommunen überlassen.
Unsere Mobilitätspolitik stärkt Bahn und Bus, Rad- und Fußverkehr und bindet das Auto dort in die Mobilitätskette ein, wo es seine Vorteile ausspielen kann. Wir Grüne wollen deswegen Carsharing-Angebote weiter ausbauen und das Ridesharing, die vernetzte Mitfahrgelegenheit, in Deutschland erleichtern. Unsere grüne Mobilitätsgarantie richtet sich nicht nur an die Menschen in der Großstadt. Wir Grüne wollen, dass alle einfach, vernetzt und zuverlässig mobil sind – von Sylt bis zur Zugspitze.

Eine grüne Verkehrswende braucht das Land – und die Bahn

Doch die Verkehrswende steht und fällt mit der Bahn. Ohne gut gepflegte Bahninfrastruktur und einen dichten Takt kann kaum ein Bus funktionierende Anschlüsse sichern. Wir müssen Bahnangebote ausbauen, mit anderen Verkehrsträgern vernetzen und Investitionsmittel in die Infrastruktur intelligenter einsetzen. Dafür wollen wir die Idee eines Deutschland-Takts vorantreiben. Denn ein integraler Taktfahrplan schafft passgenaue Anschlüsse in den Knotenbahnhöfen und bringt Fahrgäste schneller ans Ziel. Klimafreundliche Mobilität soll für alle unkompliziert, barrierefrei zugänglich und erschwinglich sein. Wir setzen daher auf eine grüne Mobilitätskarte, mit der die Fahrgäste alles machen können: Zug fahren, den Stadtbus nutzen, Räder ausleihen, Taxis und Carsharing-Angebote buchen und bezahlen. Weitere Infos unter http://gruenlink.de/1acb.

Radverkehr intelligent fördern

Auch beim Radverkehr besteht beim noch amtierenden Bundesminister noch viel Luft nach oben. Schlechte Infrastruktur und hohe Unfallzahlen halten noch immer viele Menschen vom Radfahren ab. Der Bund muss beim Radverkehr hochschalten statt ausbremsen. Dazu wollen wir Grüne ambitionierte Ziele entwickeln und eine Radförderung des Bundes anschieben. So wollen wir Radwege an Bundesstraßen ausbauen, Radschnellwege mitfinanzieren und das Straßenverkehrsrecht modernisieren. Mehr Tempo 30 und ein Rechts-Abbiegepfeil für Radfahrende erhöhen die Sicherheit im Verkehrsgeschehen. Mit einem Förderprogramm für E-Lastenräder wollen wir das Potential von Lastenrädern für eine nachhaltige Citylogistik heben.
Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die die positive Entwicklung des Radverkehrs aufgreift, statt sie sich selbst zu überlassen. Radfahren muss für alle leichter, bequemer und sicherer werden – vom Kleinkind bis zur Generation „Siebzig plus".

Eine Verkehrswende geht nur mit Grün!

Eine Verkehrswende hin zu mehr Mobilität mit weniger Verkehr, hin zu lebenswerten Städten und Gemeinden ohne Staus und lange Blechkolonnen, hin zur Mobilitätsgarantie für alle, auch ohne Auto, geht nur mit Grün. Ich freue mich auf Unterstützung, um mich weiterhin mit Leidenschaft für die Verkehrswende engagieren zu dürfen!

SYLVIA KOTTING-UHL

SPRECHERIN FÜR ATOMPOLITIK

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721 / 1518687, Fax 0721 / 1518690, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

MEINE ARBEIT, MEIN ZIEL: ATOMAUSSTIEG VOLLENDEN, ENDLAGERSUCHE BEGINNEN

Der Atomausstieg war und ist Kernaufgabe meiner Partei. Im Land scheint er erreicht, in der Welt ferner denn je - an beiden Perspektiven gilt es zu arbeiten. Neben dem "normalen Geschäft" parlamentarischer Initiativen konnte ich das erreichen:

Zur Atomsicherheit im In- und Ausland
Atomfabriken in Deutschland

Der Kampf gegen die Atomkraft ist auch bei uns keineswegs beendet. Zum Atomausstieg gehört das Abschalten der Atomfabriken in Gronau und Lingen. Im Zusammenspiel mit dem NRW-Umweltminister Johannes Remmel gelang es mir in diesem Sommer, Ministerin Hendricks die Kehrtwende im Umgang mit der Urananreicherungsanlage in Gronau abzutrotzen. Während sie zuvor strikt am unbegrenzten Weiterlaufen der Atomfabrik festhielt, setzt sie sich nunmehr für deren Stilllegung ein.

AKW Gundremmingen

Aufgrund von Recherchen und Gutachten bin ich mir sicher, dass das AKW Gundremmingen an der baden-württembergischen Landesgrenze nicht den deutschen Sicherheitsanforderungen entspricht. Ich habe auf mir vom BMUB verweigerte Einsicht in Unterlagen geklagt, die das belegen könnten. Im Januar 2016 bekam ich in erster Instanz Recht. Das BMUB hat sich nicht entblödet, in Berufung zu gehen. In den nächsten Monaten erhöhe ich den Druck mit einem neuen Gutachten und freue mich auf die Verhandlung in zweiter Instanz. Das Wechselspiel eines intransparenten Betreibers und einer ignoranten bayrischen Atomaufsicht darf keinen Erfolg haben!

Grenznahe Risikomeiler

Marode Atomkraftwerke an unseren Grenzen: jede Menge! Fessenheim, Cattenom, Tihange, Doel, Temelin, Beznau, Leibstadt, ...
Mit Gutachten und Fachgesprächen vor Ort habe ich die Aufmerksamkeit diesseits und jenseits der Grenzen auf die Defizite der Risikomeiler gelenkt. Bei Fessenheim und Cattenom ist es mir gelungen, auch in der französischen Presse die Debatte über die defizitäre Sicherheit dieser Schrottreaktoren in Gang zu bringen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem baden-württembergischen Umweltministerium und den Abgeordneten vor Ort ist hier außerordentlich hilfreich.
Beim tschechischen AKW Temelin gehe ich Zweifeln an Schweißnähten im Kühlkreislauf nach, die sich durch von mir in Auftrag gegebene Gutachten erhärten. Ich konnte das BMUB dazu bewegen, zusammen mit der tschechischen Atomaufsicht ein Fachgespräch im Herbst 2015 in Prag durchzuführen. Das BMUB gibt sich vorerst zufrieden, bei den Kritiker*innen bleiben Zweifel, ich bleibe dran. Die neuesten Erkenntnisse habe ich im September 2016 bei einer Konferenz in Budweis vorgetragen.
Früchte trug auch mein beharrlicher Einsatz für ein AKW-Sicherheitsabkommen mit Belgien. Nachdem die Regierung drei Jahre lang dessen Notwendigkeit bestritt, lenkte sie Anfang dieses Jahres ein. Jetzt arbeite ich daran, ihr die Notwendigkeit des Mitspracherechts betroffener Anwohner*innen unabhängig von der Landesgrenze klar zu machen. Hier hilft, dass die Forderung nach einer grundlegenden Revision des antiquierten EURATOM-Vertrags und nach mehr Mitspracherecht für Nachbarländer bei grenznahen Atomanlagen im baden-württembergischen Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde. Danke, dass ich nach dem großartigen Grünen Wahlerfolg an den Koalitionsverhandlungen teilhaben und für diesen Auftrag an den Bundesrat sorgen durfte.

EU-Atompolitik

Die EU-Kommission will die Klima-Vereinbarung von Paris mit Atomkraft umsetzen. Die Atomlobbyisten setzen sich

MEINE ARBEIT, MEIN ZIEL: ATOMAUSSTIEG VOLLENDEN, ENDLAGERSUCHE BEGINNEN

durch. Gegen Laufzeitverlängerungen und Neubauvorhaben müssen wir mit allen Kräften kämpfen! Gegen den in Großbritannien geplanten AKW-Neubau Hinkley Point C führe ich Klage vor dem Aarhus- und dem Espoo-Komitee. Großbritannien hat dazu keine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Meine Beschwerde vor dem zuständigen Gremium der Espoo-Konvention führte im April 2016 zu der offiziellen Feststellung, dass Großbritannien bei Hinkley Point C gegen internationales Umweltrecht verstoßen hat. Das Ergebnis meiner analogen Beschwerde wegen Verstoßes gegen die Aarhus-Konvention wird demnächst verkündet. Die Verhandlung lässt ein ähnliches Ergebnis erwarten. Das würde das Projekt zumindest bremsen.

Atomausstieg in die Energieforschung

Als Zuständige der Fraktion für Energieforschung bekämpfe ich die Verschwendung von Steuergeldern in atomare Forschung. Sinnvoller als in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und die Vierte Generation von Reaktoren wäre dieses Geld in die noch fehlenden Bausteine der Energiewende, wie Speicherlösungen und Netzausbau, investiert. Die Fraktion ist hier inzwischen klar aufgestellt. Minister Gabriel hat mir letztes Jahr im Parlament Recht gegeben, dass Deutschland aus dem internationalen Projekt ITER aussteigen solle, 2017 gehe das erstmals. Ich werde ihn beim Wort nehmen!

Fragen an die Bundesregierung

Zu all diesen Fragen fordere ich die Bundesregierung heraus. Für meine Themen sind das BMUB, das BMWi und das BMBF zuständig. Ich war in der letzten und bin bisher auch in dieser Wahlperiode im Bundestag die Abgeordnete mit den meisten Fragen an die Bundesregierung.

Karlsruher Atomtage

Mit den Karlsruher Atomtagen habe ich eine Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die Raum bietet, Themen von AKW-Sicherheit bis Endlagerung mit Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu diskutieren und die laut unserem Oberbürgermeister bereits zu einer "Karlsruher Institution" geworden ist.

Atomland Japan

In dieser Wahlperiode bin ich Vorsitzende der Deutsch-Japanischen Parlamentariergruppe. Ich bin dies aus dem einzigen Grund, in Japan für Atomausstieg und Energiewende werben zu können. Ich habe zur Gründung eines "deutsch-japanischen Kooperationsrats Energiewende" von Wissenschaftler*innen beigetragen und für Förderung gesorgt. Meine Auslandsreisen konzentriere ich auf dieses Land, weil es für mich unerträglich ist, dass ein Ministerpräsident gegen den Willen der Bevölkerung an der Atomkraft festhalten will, weil deren Strom billig für die Wirtschaft sei. Den tatsächlichen Preis zahlen der Staat und die betroffenen Menschen. Zur LDK komme ich zurück von einer Japan-Reise als Begleitung von Bundespräsident Gauck - ich baue darauf, dass er mein Anliegen dort unterstützt.

Endlagerkommission

Zwei Jahre konzentrierte Arbeit, 30 ganztägige Kommissionssitzungen, von denen ich eine einzige wegen BW-Koalitionsverhandlungen versäumt habe, weitere 69 Sitzungen von AGen, Bürgerdialoge und Workshops an Wochenenden waren berechtigt! Die Bundestagsfraktion ist zufrieden mit mir als ihrer Vertreterin und dem von mir mitgestalteten Ergebnis, das nunmehr in 600 Seiten Bericht vorliegt. Daneben war ich auf "Endlagertour" überall in Deutschland, um im Austausch mit den Grünen vor Ort, den Initiativen, Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben. Ich will weiterhin alles dafür tun, dass die Endlagersuche 2018 beginnt und die Aufgabe, den Müll des gewaltigsten Irrtums der Industriegeschichte wegzuräumen, nicht nachfolgenden Generationen aufgebürdet wird.

CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 2-4, 72072 Tübingen
Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

DIE ÖKOLOGISIERUNG DER BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

Zu Beginn der Legislaturperiode bekam die Bau- und Wohnungspolitik durch den neuen Ressortzuschnitt eine große Chance: Der Wechsel vom Verkehrs- ins Umweltministerium bedeutete, dass sie aus dem langen Schatten der Verkehrspolitik heraustreten und an eigenem Profil dazugewinnen konnte. Ich fand es damals richtig, die Bau- und Wohnungspolitik im Umweltministerium anzusiedeln. Gerade im Gebäudebereich schlummern noch immer erhebliche Potenziale für den Umwelt- und Klimaschutz. Mit einer Sanierungsquote von unter einem Prozent und Entmietungen unter dem Deckmantel energetischer Sanierung müssen wir Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung sowohl als Chance wie auch als Gefahr für Klima und Umwelt begreifen. Ministerin Hendricks wollte dieser Chance dadurch gerecht werden, dass sie versprach, „Bauen und Umwelt wieder miteinander zu verzahnen". Als Sprecher für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung war mir war von Anfang an wichtig, in diesem Politikfeld einen ökologischen und sozialen Aspekt zu setzen. Leider hat sich bald gezeigt, dass die Umweltministerin dabei keine starke Partnerin ist. Der Anspruch, Klimaschutz und Bauen tatsächlich unter einen Hut zu bringen, ist lobenswert. Gescheitert ist Hendricks dabei aber häufig an ihren Kabinettskollegen. Sie konnte ihr Versprechen bis zum heutigen Tag nicht einhalten.

Konsenssuppe der Großen Koalition

Für die Opposition ist es angesichts einer 80 Prozent-Regierungsmehrheit in dieser Wahlpariode äußerst schwierig, eigene Akzente zu setzen. Deshalb habe ich mir zu Beginn der Legislatur vorgenommen, die Arbeit der Großen Koalition nicht nur konstruktiv-kritisch zu begleiten, sondern sie auch an ihren eigenen Versprechen zu messen. Die Bilanz sieht bisher ziemlich düster aus. Hendricks' Bündnis für bezahlbares Wohnen ist ein Paradebeispiel für die Schwafel-Exekutive, der wir uns derzeit gegenübersehen. Hier werden Fragestellungen und Problematiken aufgeworfen und diskutiert, die wir noch als Altlasten aus der letzten Legislatur mitgenommen haben.

Wohnen darf nicht zur Ware werden

In meiner parlamentarischen Arbeit habe ich die letzten drei Jahre an konkreten Lösungsvorschlägen für die Probleme im Bau- und Wohnungsbereich gearbeitet. Ich will nicht länger mitansehen, wie Familien und Geringverdienende aus den Innenstädten vertrieben werden und Spekulanten zunehmend bestimmen, wie wir wohnen und leben. Wohnen darf nicht zur Ware werden. Deshalb habe ich ein Konzept für eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit erarbeitet. Mir geht es darum, wieder den Gedanken des Gemeinwohls auf den Immobilien- und Wohnungsmärkten zu etablieren. Wir brauchen dringend andere Akteure. Renditestreben und Profitgier dürfen nicht länger im Vordergrund stehen. Die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit fördert gezielt Akteure, die im Sinne des Gemeinwohls handeln, wie kommunale Wohnungsgesellschaften, Baugruppen oder Genossenschaften. Durch steuerliche Förderung wird die langfristige Schaffung von dauerhaft bezahlbarem Wohnraum wieder attraktiv.

Wir brauchen ein soziales und ökologisches Mietrecht

Im Mietrecht hat die Bundesregierung bisher auf ganzer Linie versagt. Heiko Maas' vielgepriesene Mietpreisbremse ist erwiesenermaßen wirkungslos. Doch statt schnellstens nachzujustieren, verheddern sich die Koalitionsfraktionen in internen Streitigkeiten – und die Mieten steigen munter weiter. Neben verschiedenen Anträgen habe ich zwei Gesetzentwürfe eingebracht, die konkrete Nachbesserungsmöglichkeiten für die Mietpreisbremse beinhalten. Zum einen müssen die vielen Ausnahmen

UMWELT UND BAUEN ZUSAMMEN BRINGEN

und Schlupflöcher, wie die umfassende Modernisierung und der Neubau, geschlossen werden. Außerdem soll die Rügepflicht - die derzeit alle Verantwortung bei den Mieter*innen ablädt und Betrug vonseiten der Vermieter Tür und Tor öffnet – durch eine Auskunftspflicht ersetzt werden. Daneben habe ich noch viele andere Maßnahmen für mehr Mieterschutz angeregt, wie die deutliche Absenkung der Modernisierungsumlage oder eine Ausweitung des Bemessungszeitraums für Mietspiegel.

Klimafreundliches und bezahlbares Wohnen ist möglich

Das Konzept der Fairen Wärme, das ich zusammen mit der energiepolitischen Sprecherin der Fraktion, Dr. Julia Verlinden erarbeitet habe, zeigt, wie ökologisches und gesundes Wohnen für alle bezahlbar wird. Durch energetische Sanierung muss die Miete nicht steigen. Faire Wärme bringt Sanierung weg vom Haus-zu-Haus-Denken. Stattdessen wird das gesamte Viertel in den Blick genommen und eine gemeinschaftliche Planung erstellt. Um Hemmschwellen abzubauen, soll der Einstieg in die Energieberatung erleichtert und Energieausweise für Gebäude vereinheitlicht werden. In dieselbe Richtung zeigen auch meine Bemühungen um eine bessere Förderung von nachwachsenden und ökologischen Baustoffen. Da der Flammhemmer HBCD und damit der Dämmstoff Nr. 1, Polystyrol, seit diesem September als Sondermüll eingestuft ist, brauchen wir eine ökologische Alternative dringender denn je. In einem Antrag fordere ich die Bundesregierung auf, ökologische Dämm- und Baustoffe stärker zu fördern und die Förderkriterien der KfW-Bank zugunsten von Ressourcen- und Gesundheitsschutz zu überarbeiten.

Für eine soziale und klimafreundliche Bau- und Wohnungspolitik

Der Trend zur Urbanisierung hält unvermindert an. Politik muss dafür sorgen, dass diese Veränderung unter guten Rahmenbedingungen stattfindet. Auch in der nächsten Legislatur will ich mich dafür einsetzen. Ich will aktiv die Rahmenbedingungen mitgestalten, die den Menschen in Deutschland ihre Selbstbestimmung zurückgeben. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein, wie, wo und mit wem man zusammenwohnt und lebt. Dafür will ich das Konzept der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit etablieren. Mein Ziel ist, dass in einem Koalitionsvertrag unter Grüner Beteiligung steht: „Wir wollen die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einführen."

Auch im Mietrecht liegen nach wie vor große Aufgaben vor uns. Ich glaube nicht, dass die Große Koalition es binnen Jahresfrist noch schafft, die Mietpreisbremse zu einem wirksamen Instrument auszugestalten oder die längst überfällige zweite Mietrechtsnovelle zu verabschieden. Deswegen will ich die verbliebene Zeit bis zur nächsten Wahl und auch in der nächsten Legislatur dafür kämpfen, dass Mieter*innen wieder mehr Rechte bekommen.

Umwelt und Bauen endlich zusammen denken

Unsere Herausforderung als Grüne wird es vor allem sein, uns für Klimaschutz und eine steigende Sanierungsquote stark zu machen, ohne damit Verdrängung und Entmietung Tür und Tor zu öffnen. Ich werde mich auch weiterhin für ökologische und nachwachsende Baustoffe einsetzen, denn eine warmmietenneutrale und klima- wie gesundheitsfreundliche energetische Sanierung ist möglich. Wir müssen unseren Mitbürger*innen Alternativen zu Polystyrol und Mineralwolle aufzeigen und die Modernisierungsumlage so ausgestalten, dass sie kein Grund mehr dafür ist, dass Menschen sich ihre Miete nicht mehr leisten können. Die asoziale Praxis des Raussanierens, die leider in vielen Städten und Ballungsräumen tagtäglich praktiziert wird, muss gestoppt werden. Umwelt und Bauen müssen endlich zusammen gedacht und zusammengebracht werden.

BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen
Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

GRÜNE POLITIK AUF AUGENHÖHE MIT DEN MENSCHEN

Alle Menschen haben ein würdevolles Leben verdient, egal, ob sie alt oder jung, krank oder behindert, hier geboren oder zu uns geflüchtet sind, weil in ihrer Heimat ein Leben unmöglich wurde. Im Ausschuss für Arbeit und Soziales geht es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und diese Arbeit ist spannend und kontrovers. Daran hat auch ein SPD-geführtes Ministerium nichts geändert. Gesetze wurden von uns kritisch unter die Lupe genommen, und wir haben eigene Alternativen dagegengestellt. Mir ging es dabei immer um eine grüne Politik auf Augenhöhe mit den Menschen – fair und gerecht. Und das war auch meine Devise im Petitionsausschuss.
In der zweiten Legislaturperiode konnte ich mich stärker vernetzen, neue Themen setzen und mich aktiv in der grünen Rentenkommission einmischen. In der Fraktion haben wir Lösungsansätze entwickelt, um unsere Gesellschaft lebenswerter zu machen, wenn es um die Digitalisierung geht, um mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten oder wenn es in Zeiten der ökologischen Wende darum geht, endlich anders zu wirtschaften. Wichtig ist mir dabei immer die Arbeit im Team – eng verzahnt mit der Basis, mit der BAG und den LAGen. Vor allem ist die Zusammenarbeit in der Landesgruppe gut und von großer Wertschätzung geprägt.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – alles andere ist nicht gerecht

Die Große Koalition hat zwar den Mindestlohn eingeführt, aber in unserer Arbeitswelt geht es längst nicht gerecht zu. Die Leiharbeit war ein Dauerthema. Doch das neue Gesetz der Bundesregierung wird den Missbrauch nicht verhindern, sondern gesetzlich legitimieren. Wir haben mit einem Antrag gleichen Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag und einen Bonus gefordert. Über den Preis würde Leiharbeit so betriebswirtschaftlich nur vorübergehend Sinn machen. Diese Regelung ist unbürokratisch, zielführend und vor allem gerecht. Arbeit muss auch existenzsichernd, sicher und gesund gestaltet sein. Daher habe ich mich dafür stark gemacht, dass die Arbeit auf Abruf endlich reformiert wird. Denn heute ist diese Arbeit für die Beschäftigten zeitlich überhaupt nicht planbar. Gleichzeitig habe ich immer wieder die sachgrundlose Befristung problematisiert, denn gerade junge Beschäftigte brauchen Sicherheit, um ihr Leben gestalten zu können. Und es geht mir um die konkrete Situation am Arbeitsplatz, denn Stress und psychische Belastungen machen häufig krank.
Auch mit der Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern muss endlich Schluss sein, denn sie beträgt immer noch über 20 Prozent. Das ist nicht akzeptabel. Hier werde ich nicht müde, unser Konzept ins Parlament einzubringen. Denn das Recht auf Entgeltgleichheit muss endlich per Gesetz durchgesetzt werden und es muss für alle Frauen gelten, nicht nur für jene, die in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten arbeiten. Denn Frauen arbeiten überwiegend in kleineren Betrieben. Deshalb werden wir beim geplanten Gesetz der Bundesregierung weiter Druck machen.

Es geht um die Glaubwürdigkeit unseres Rentensystems

Wenn es um den Arbeitsmarkt geht, dann geht es auch um die Rente. Denn Menschen, die lange in unsicheren oder schlecht bezahlten Verhältnissen arbeiten, droht Altersarmut. Gute Arbeit hingegen schafft gute Renten. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Herausforderungen anpacken, vor denen unser Rentensystem steht. Deshalb habe ich mich aktiv in der grünen Rentenkommission eingemischt. Unser Fazit: Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung als zentrale Säule der Alterssicherung stärken. Die Solidarität der Generatio-

GRÜNE POLITIK
AUF AUGENHÖHE
MIT DEN MENSCHEN

nen, die für soziale Absicherung und Ausgleich sorgt, funktioniert zukünftig nur mit einem stabilen Rentenniveau, mit einer Garantierente gegen Altersarmut und als Bürgerversicherung für alle.

Die Tarifeinheit ist ein Angriff auf das Streikrecht

Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit mischt sich die Bundesregierung in die Tarifautonomie ein und verändert die Tariflandschaft. Mit unserer Kritik haben wir für viel öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Denn die gesetzlich verordnete Tarifeinheit ist ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit und ein Angriff auf das Streikrecht. Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages bestätigte in einer von mir in Auftrag gegebenen Studie erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Jetzt hoffe ich auf das Bundesverfassungsgericht. Die Bundesregierung hätte sich besser dem konsequenteren Schutz von Betriebsräten gewidmet. Denn einige Arbeitgeber versuchen, ähnlich wie in den USA, Betriebsräte mit Einschüchterungen zu verhindern oder ihre Arbeit zu erschweren. Ohne engagierte Betriebsräte aber gibt es keinen wirkungsvollen Interessenausgleich zwischen Belegschaft und Arbeitgeberseite. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag mehr Schutz für die Betriebsräte.

Die Herausforderungen der Zukunft müssen politisch gestaltet werden

In der Fraktion haben wir neue Konzepte entwickelt. Mit der Digitalisierung verändern sich Arbeitsplätze und Arbeitsstrukturen. Daher fordern wir ein Recht für alle Beschäftigten, Ort und Zeit ihrer Arbeit flexibler mitgestalten zu können. So können die Menschen ihre Arbeit und ihr Leben besser unter einen Hut bringen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt birgt aber auch Risiken. Sie kann ungewollte Mehrarbeit und dauernde Verfügbarkeit bedeuten. Vor dieser Entgrenzung wollen wir Beschäftigte und Selbstständige stärker schützen.

Ein großes Thema der Zukunft ist die Modernisierung unserer Wirtschaft. Gewinne dürfen nicht auf Kosten der Umwelt oder der Menschen erwirtschaftet werden. Anders wirtschaften funktioniert nur gerecht - mit ökologischen Leitplanken und tariflichem Schutz.

Alle Menschen haben ein Leben in Würde verdient

Im Ausschuss für Soziales kritisieren wir die Große Koalition heftig. Über die Integration der Geflüchteten wird zwar geredet, das Integrationsgesetz wird allerdings seinem Namen nicht gerecht. Geflüchtete werden zu Unrecht pauschal als Integrationsverweigerer hingestellt. Gleichzeitig bleiben viel zu viele Flüchtlinge von den Integrationsangeboten ausgeschlossen. Die Neuberechnung der Regelsätze bei Hartz IV ist ein weiteres Beispiel: Trickreich werden die Regelsätze klein gerechnet und das trifft insbesondere Kinder. Hier werden Beschäftigte mit kleinen Einkommen und Arbeitslose gegeneinander ausgespielt.

Die Anliegen in Petitionen ernstnehmen

Viele Petitionen stehen stellvertretend für besondere Ungerechtigkeiten oder Gesetzeslücken. Und diese Rückmeldungen nehme ich ernst. Die Bundesregierung jedoch nicht. Allein zwei Petitionen beklagten die Situation in der Geburtshilfe. Denn die Situation der freiberuflichen Hebammen ist katastrophal, und die werdenden Eltern verlieren damit die freie Wahl des Geburtsortes. Ich war häufiger grüne Berichterstatterin bei öffentlichen Anhörungen. Doch gute Argumente stoßen bei den Regierungsfraktionen auf taube Ohren. Das Maß aller Dinge ist der Koalitionsvertrag und nicht die Anliegen der Menschen. Als Abgeordnete müssen wir aber zuhören, immer wieder innehalten, unsere Positionen überdenken und dabei unseren Blickwinkel weiten.

CEM ÖZDEMIR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78 70173 Stuttgart
Tel. 0711 / 65832900, Fax 0711 / 65832901, cem.oezdemir.wk@bundestag.de

DIE WELT IM BUNDESTAG: AUSSENPOLITISCHE ARBEIT IN ZEITEN GLOBALER KRISEN

Als ich 2013 für meinen Stuttgarter Wahlkreis in den Bundestag einzog, ahnte ich nicht, welche Brisanz globale Entwicklungen in dieser Legislaturperiode entfalten würden. Im Dezember 2013 stand ich dann plötzlich mit meiner Kollegin Marieluise Beck auf dem Maidan in Kiew. Weder wussten wir, dass auf die friedlichen Proteste in der Ukraine ein jahrelanger Bürgerkrieg, die Besetzung der Krim durch Russland und damit eine neue Eiszeit zwischen Moskau und dem Westen folgen würden. Noch ahnten wir, dass die Krim nur der Auftakt zu einem Anlauf Moskaus sein würde, auf der internationalen Bühne wieder Großmachtstärke zu demonstrieren. Im Herbst 2016 hat sich nun die internationale Aufmerksamkeit von der Ukraine nach Syrien verlagert – und auch hier spielt Russland im Schulterschluss mit dem syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad eine Hauptrolle.

In der Fraktion und in unserem fachpolitischen Arbeitskreis für Internationale Politik und Menschenrechte ringen wir um Lösungen oder zumindest um einen Hoffnungsschimmer für die großen Krisen unserer Zeit. Nicht einfacher ist dies durch die Krise der Europäischen Union geworden, die mit dem Brexit-Votum deutlich zu Tage getreten ist. Wie schwer es zur Zeit ist, sich unter EU-Partnern auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen, zeigt das äußerst zähe Ringen um eine Antwort in der Flüchtlingspolitik. Das Ergebnis ist ein sehr fragwürdiger EU-Türkei-Deal.

Dialog ist stets Voraussetzung und Grundlage für eine Zusammenarbeit. Genauso wie man mit Russland im Gespräch sein muss, wenn man Frieden in der Ukraine und in Syrien schaffen möchte, ist es auch wichtig, mit der Türkei zu reden. Sie ist das wichtigste Aufnahme- und Transitland für syrische Flüchtlinge. Doch zugleich entfernt sich das Land leider immer stärker von der Europäischen Union. Es war und ist ein großer Fehler, die zunehmende Repression in der Türkei auszublenden und die Genfer Flüchtlingskonvention anzukratzen. Eine kritiklose Zusammenarbeit schadet der Glaubwürdigkeit unserer Wertegemeinschaft.

China: Chancen der Zusammenarbeit und Interessenkonflikte

Neben meiner Arbeit als Bundesvorsitzender gibt es ein großes Thema, das mich als Bundestagsabgeordneter konstant begleitet und das ich, unter anderem auch als Vizevorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe, in der Fraktion federführend bearbeite: die grüne China-Politik. In diesem Zusammenhang hat unsere Bundestagsfraktion gerade ein Positionspapier beschlossen: „Mit China gemeinsam globale Herausforderungen bewältigen – Chancen und Interessenkonflikte". Damit reagieren wir auf Veränderungen, die wir global, aber vor allem in China selbst beobachten. Insbesondere die Lage der Menschenrechte macht uns große Sorgen. Mit dem seit 2013 amtierenden Staatspräsident Xi Jinping hat die Repression gegen Menschenrechtsaktivisten, Minderheiten, aber auch gegen kritische Stimmen innerhalb der Kommunistischen Partei deutlich zugenommen. Wir sind sehr besorgt um die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung und anderer politischer Stiftungen und NGOs vor Ort. Anfang 2017 soll ein Gesetz in Kraft treten, das die Zusammenarbeit der chinesischen Zivilgesellschaft mit ausländischen Partnern erheblich einschränken würde.

Wir haben es mit einem China zu tun, das innenpolitisch unseren Werten den Rücken zuwendet, das wir aber gleichzeitig außenpolitisch mehr denn je brauchen. Die Volksrepublik vereint ein Fünftel der Weltbevölkerung auf sich und setzt ihre neugewonnene wirtschaftliche Macht immer mehr in der internationalen Politik ein.

DIE WELT IM BUNDESTAG: AUSSENPOLITISCHE ARBEIT IN ZEITEN GLOBALER KRISEN

Chinas Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen, birgt zunächst einmal eine große Chance. Denn die enormen globalen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen – allen voran die Klimakrise – sind nur gemeinsam mit China zu bewältigen. Andererseits nehmen die Spannungen zwischen Europa und China zu. So verweigert sich China im Südchinesischen Meer multilateralen Lösungswegen und verhindert im UN-Sicherheitsrat immer wieder die Bearbeitung von Gewaltkonflikten. Die strategische Übernahme deutscher Unternehmen sorgt für Reibungen.
Viele Gespräche und Begegnungen haben mir dieses spannende und zugleich oft komplexe Land besser greifbar gemacht. Auf meiner Reise nach Peking und in die Wirtschaftsmetropole Chengdu im Oktober 2015 habe ich Einblicke in das neue „grüne" China erhalten. Umweltverschmutzung und Klimakrise sind mittlerweile so offensichtlich, dass die chinesische Regierung mit ambitionierten Programmen darauf reagiert. Dass China nun eine Elektroautoquote einführen will, hat deutsche Autobauer und Medien dieser Tage aufgeschreckt, passt jedoch sehr zum China, das ich kennengelernt habe.
Umwelt- und Klimapolitik bieten viele Anknüpfungspunkte für den grünen Dialog mit China. Wir müssen beim Austausch jedoch Menschenrechte stets mitdenken und ansprechen. Es ist wichtig, dass auch die Bundesregierung klare Worte findet und Gesprächskanäle wie den bilateralen Menschenrechtsdialog und Rechtsstaatsdialog gezielt dafür nutzt, anstatt wie bisher schwierige Themen einfach auszublenden.

Armenienresolution: Die Menschenrechtsarbeit geht erst los

Menschenrechtsarbeit fängt vor unserer Haustür an. Deshalb freue ich mich, dass der Bundestag endlich den Völkermord an den Armeniern anerkannt hat – und hierbei vor allem die deutsche Mitschuld. Denn das Deutsche Kaiserreich war als enger Verbündeter des Osmanischen Reichs genau über den Völkermord informiert und hat diesen bewusst gebilligt. Der Völkermord an den Armeniern ist also auch ein leidvolles Kapitel deutscher Geschichte. Genau deshalb ist das Parlament auch der richtige Ort dafür, um sich diesem Teil unserer Geschichte zu stellen. Nach drei Parlamentsdebatten und langen Verhandlungen, die sich über ein Jahr hinzogen, hat der Bundestag am 2. Juni 2016 mit überwältigender Mehrheit die so genannte Armenienresolution verabschiedet.
Doch damit geht die eigentliche Arbeit erst los. Die negativen Reaktionen, bis hin zu Hass und Gewaltdrohungen, haben gezeigt, dass es noch viel zu tun gibt. Der nächste Schritt sollte nun sein, den Völkermord an den Armeniern in die politische Bildung rund um das Thema Menschenrechte zu integrieren. Wir sollten ihn zu einem festen Bestandteil unserer Lehrpläne machen. Das geht nur, wenn unsere Lehrerinnen und Lehrer an den Unis eine entsprechende Ausbildung erhalten. Das bedeutet auch, dass wir mehr Mittel für die Lehre und Forschung zu diesen Themen brauchen.
Der Völkermord an den Armeniern 1915/16 war übrigens nicht der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts. Diesen furchtbaren Titel trägt der Völkermord an den Herero und Nama 1904-1908. Bei diesem Völkermord war das Kaiserreich nicht nur Mittäter, sondern hauptverantwortlich. Die Anerkennung dieses Völkermords durch den Deutschen Bundestag ist längst überfällig. Es ist höchste Zeit, dass auch die Hintergründe dieses Völkermords an unseren Schulen und Universitäten gelehrt werden. Es geht darum, sich offen der Geschichte zu stellen, sich daran zu erinnern und aus ihr zu lernen – um künftiges Unrecht zu verhindern und die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Daran arbeiten wir.

DR. GERHARD SCHICK

SPRECHER FÜR FINANZPOLITIK

WWW.GERHARDSCHICK.NET

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.schick@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Kaiserring 38, 68169 Mannheim
Tel. 0621 / 4017252, Fax 0621 / 4018469, gerhard.schick@wk2.bundestag.de

FÜR FINANZWENDE UND GREEN NEW DEAL: GEGEN STEUERBETRUG UND MACHTWIRTSCHAFT

3 Jahre Oppositionsarbeit in 7000 Zeichen – das ist eine Herausforderung. Vor allem, weil ich an vielen Projekten gemeinsam mit anderen gearbeitet habe, die ich gerne erwähnen würde – in der steuer- und religionspolitischen Kommission unserer Partei, in der Arbeitsgruppe „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" unserer Fraktion zur Wachstumsfrage, die ich gemeinsam mit Dieter Janecek geleitet habe, und in der von mir geleiteten AG Euro zur Eurokrise, in der baden-württembergischen Landesgruppe, im Parteirat und mit der Fraktion im Europäischen Parlament und unseren Freund*innen in den Landtagen, mit Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften, mit NGOs und Wissenschaftler*innen – und Whistleblowern. Hier findet ihr nun eine Auswahl der wichtigsten Projekte der aktuellen Legislaturperiode, die ich euch gerne kurz vorstellen möchte.

Die Finanzwende – für nachhaltige, gerechte und stabile Finanzmärkte

Ohne ein Umsteuern an den Finanzmärkten werden wir weder die Klimaziele erreichen noch unsere Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft verwirklichen können. Deswegen haben wir das Konzept der Finanzwende erarbeitet. Ein Teil davon ist die Idee des „Divestment", also der Abzug von Geldern aus fossilen Energien, und die Re-Investition in klimafreundliche Energien. Dazu braucht es eine verlässliche Bilanzierung von Klimarisiken bei den Unternehmen und klare Kriterien für nachhaltige Finanzprodukte. Unser Finanzwende Forum in Frankfurt hat gezeigt, dass inzwischen wichtige Player am Finanzmarkt wie Allianz-Chef Oliver Bäte mit uns in diese Richtung unterwegs sind. Ein anderer Teil der Finanzwende besteht in der Stabilisierung der Märkte. Negativzinsen bedeuten ja, dass man beim Geldleihen etwas geschenkt bekommt. Das kann nicht normal sein. Und auch, dass Jahre nach der Lehman-Pleite schon wieder darüber diskutiert wird, ob eine große Bank Staatshilfen braucht, zeigt den Handlungsbedarf. Wir wollen außerdem die Finanzmärkte verbraucherfreundlich machen. Zum Beispiel haben wir endlich das Girokonto für Alle und kundenfreundlichere Regeln bei den Lebensversicherungen erreicht. Wir haben mit dem Basisprodukt eine Alternative zu den komplizierten Riester-Produkten erarbeitet, wo aufgrund hoher Kosten zu viel des Angesparten gar nicht für die Altersvorsorge verbleibt.

Steuerbetrug und Steuerflucht bekämpfen

In der Steuerpolitik habe ich einen klaren Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht gesetzt. Denn wir können doch von Bürger*innen nicht verlangen, dass sie einen Teil ihres Einkommens abgeben, wenn wir nicht für eine faire Besteuerung sorgen und bestmöglich mit diesem Geld umgehen. Und dazu gehört ja wohl sicher, dass es nicht in den Händen von Betrügern landet. Leider ist der deutsche Staat da bisher nicht gut aufgestellt. Deshalb habe ich die Initiative zum Untersuchungsausschuss zu den Cum-Ex-Betrügereien gestartet. Denn an diesem Fall ist zu sehen, was schief läuft und was zu tun ist. Jahrelang konnten Banken und Superreiche den Staat um Milliarden

FÜR FINANZWENDE UND GREEN NEW DEAL

Euro an Steuereinnahmen prellen. Trotz mehrerer Hinweise wurde das Betrugsmodell jahrelang von den jeweiligen Finanzministern ignoriert bis geduldet. Warum nur? Einige haarsträubende Ursachen konnten wir schon aufdecken, zum Beispiel die Rolle eines „Mitarbeiters" im Finanzministeriums, der zeitweise vom Bankenverband bezahlt wurde. Doch der wichtigste Schritt steht noch bevor: Die nötigen Veränderungen durchsetzen, damit solche Betrugsfälle nicht mehr vorkommen können. Das sind wir den ehrlichen Steuerzahler*innen schuldig.

Gegen Machtwirtschaft

Zu Anfang der Legislaturperiode habe ich das Buch „Machtwirtschaft – nein danke! Für eine Wirtschaft, die uns allen dient" veröffentlicht. Mir war wichtig, deutlich zu machen, dass wir in vielen Bereichen keine Marktwirtschaft mehr haben, sondern große Konzerne unsere Wirtschaft und Gesellschaft dominieren, während kleine Unternehmen benachteiligt sind. Seither sind weitere Fusionspläne dazugekommen, die die Machtkonzentration noch verschärfen, etwa bei Bayer und Monsanto. Außerdem wollte ich den Blick darauf lenken, dass die großen finanziellen Interessen einen zu starken Einfluss auf die Politik haben. Denn wo es nur noch um Macht und kurzfristige Rendite geht, kommen Klima und Artenvielfalt, soziale Bedürfnisse und Verbraucher*innenrechte sowie ethische Fragen unter die Räder. Ich bin deswegen froh, dass wir als Partei beschlossen haben, gemeinsam gegen die Machtwirtschaft vorzugehen. Wir haben erfolgreich das Thema Karenzzeiten beim Wechsel von Regierungsämtern in die Privatwirtschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Wir arbeiten daran, dass Unternehmen und Manager*innen bei Rechtsverstößen besser zur Verantwortung gezogen werden können, und kämpfen für ein Lobbyregister. Und bei TTIP und CETA haben wir mit vielen Verbündeten eine reale Chance, eine weitere Fehlentwicklung in Richtung Machtwirtschaft zu stoppen.

Green New Deal – europäischer Aufbruch in die Grüne Ökonomie

Die Eurokrise hat uns die letzten Jahre intensiv beschäftigt. Wir Grüne haben zum Beispiel aktiv mitgewirkt an der Bankenunion, um die europäischen Finanzmärkte sicherer zu machen. Doch die Krise ist noch nicht überwunden. Wackelnde Banken in Italien und die Massenarbeitslosigkeit bei Jugendlichen in Spanien sind Belege dafür. Wir Grünen setzen seit 2008 für die Überwindung der Krise auf den Green New Deal. Doch heute geht es nicht um ein Konjunkturprogramm. Ich habe deswegen mitgewirkt an einer Neufassung unseres ökologisch-sozialen Reformprogramms: Statt mit neuen Schulden wollen wir die Investitionen in den ökologisch-sozialen Umbau der europäischen Wirtschaft mit einer besseren Bekämpfung von Steuerflucht und –betrug finanzieren. Außerdem haben wir die Frage beantwortet, was denn das Ziel dieses Umbauprogramms ist – die doppelte Entkopplung: Wir wollen Ressourcenverbrauch von Wirtschaftswachstum und den Wohlstand von der Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums entkoppeln. Nur so können wir langfristig Wohlstand für alle sichern.

NR. 09 / 18. WP • NOVEMBER 2016

*SÜDWEST*GRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

SERVICE

*BETREUUNGS*WAHLKREISE

AALEN	Harald Ebner
ALB-DONAU	Beate Müller-Gemmeke
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Kerstin Andreae
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
CALW	Beate Müller-Gemmeke
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Kerstin Andreae
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HARDT	Gerhard Schick
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Matthias Gastel
HEILBRONN	Gerhard Schick
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Sylvia Kotting-Uhl
KONSTANZ	Gerhard Schick
LUDWIGSBURG	Cem Ozdemir
LÖRRACH	Kerstin Andreae
MAIN-TAUBER	Harald Ebner
MANNHEIM	Gerhard Schick
NECKAR-ODENWALD	Franziska Brantner
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
ODENWALD-KRAICHGAU	Gerhard Schick
ORTENAU	Sylvia Kotting-Uhl
PFORZHEIM/ENZKREIS	Gerhard Schick
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Cem Ozdemir
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Chris Kühn
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SIGMARINGEN	Agnieszka Brugger
STUTTGART	Cem Ozdemir
TUTTLINGEN	Chris Kühn
TÜBINGEN	Chris Kühn
ULM	Beate Müller-Gemmeke
WALDSHUT	Kerstin Andreae
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

*SÜDWEST***GRÜN** erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der Grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

*SÜDWEST***GRÜN** wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün" an **christian.kuehn@bundestag.de.** Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse.

Ältere Ausgaben aus den vorangegangenen Wahlperioden sind im *SÜDWEST***GRÜN**-Archiv auf **www.kotting-uhl.de** zu finden.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle". Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir leider nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für euren Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer akuell unter
WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Chris Kühn, MdB (Landesgruppensprecher)
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 73097
Fax 030 / 227 76097
christian.kuehn@bundestag.de